

Atomkraftwerke um Österreich Entfernung zur österreichischen Landesgrenze



Speerspitze gegen Atom

LH Markus Wallner mobilisiert gegen die EU-Pläne.

BREGENZ Der Vormarsch der Atomkraftbefürworter scheint nicht aufzuhalten. Atomstrom soll laut Plänen der EU-Kommission als grüne und nachhaltige Energie qualifiziert werden, der Weg für den Bau neuer Atomkraftwerke ist offensichtlich geebnet. Oder doch nicht?

Geht es nach dem Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (54, ÖVP), dann müssen sich die Atomkraft-Gegner jetzt formieren und gegen die EU-Pläne vorgehen. Wallner selbst will als frischgebackener Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz damit beginnen.

Kampf um Einheit

„Ich werde sofort eine Resolution initiieren, mit dem einen Ziel, alle Landeshauptleute zu einer einheitlichen Anti-Atomkraft-Haltung zu bewegen. Das sollte in einem Land wie Öster-

reich, das der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke abgeschworen hat, kein Problem sein.“ Wallner berichtet, dass der Verordnungsentwurf der Kommission zur Begutachtung bereits eingelangt sei. „Was hier den Betreibern vorschwebt, ist genau das Gegenteil dessen, was wir für richtig halten.“

In seiner Funktion als Sprecher der neun Landeshauptleute möchte der Vorarlberger Landeshauptmann auch den Bund mobilisieren,

gibt sich Wallner kämpferisch. Auch auf europäischer Ebene will der oberste Vorarlberger gegen die Atomkraft aktiv werden. Er denkt dabei an den Ausschuss der Regionen, in dem Wallner gegen die Atompläne Stimmung machen möchte. „Es kann doch nicht sein, dass wir uns in unserem Land für saubere, umweltfreundliche Energie einsetzen und dann derartige Entwicklungen beobachten müssen.“ Gerade als Vorarlberger sieht sich Wallner in der Pflicht.

„Wir haben bei uns eine lange Tradition des Widerstands gegen Atomkraftwerke. Und das aus gutem Grund.“

Ob der Widerstand gegen die Renaissance der Atomkraft von Erfolg gekrönt sein wird, scheint fraglich. Frankreich, das derzeit den Vorsitz im EU-Rat innehat und über 70 Prozent seiner Energie aus Atomkraft bezieht, ist ein vehementer Befürworter der Qualifizierung von Atomenergie als klimafreundliche Technologie. Die Atomkraftgegner sind in der Minderheit. **VN-HK**

„Wir brauchen eine starke Haltung, die von allen getragen wird.“

Markus Wallner
Landeshauptmann



gegen die Atompläne der EU vorzugehen. „Wir brauchen bei dieser Frage eine starke Haltung, die von allen maßgeblichen Kräften im Land getragen wird“,



Kommentar
Julia Ortner

Klimakrise: Schauen wir lieber hin

Die Welt wird in sechs Monaten von einem Kometen zerstört, Wissenschaftlerin („Hysterikerin“) und Wissenschaftler („Spinner“) warnen vor dem Einschlag, der alles Leben auf der Erde vernichten kann – aber Politik, Medien und Hightech-Milliardäre nehmen

„Corona ist eine große Alarmübung, aus der wir bis jetzt noch nicht so viel gelernt haben.“

die Warnungen nicht ernst. Ignoranz, Gier, Dummheit, wohin man blickt. Am Ende trifft der Komet die Erde, so wie berechnet. Und löscht die Menschheit aus.

„Don't look up“ heißt die Film-Satire, die derzeit in den Kinos und bei Streaming-Plattformen läuft. „Schaut nicht hinauf“, hat Meryl Streep als amerikanische Präsidentin der Welt zuvor noch zugerufen. Zur Beruhigung, der Komet tut doch nichts! Die schwarze Komödie mag etwas so dick auftragen, die Botschaft ein bisschen platt vermitteln, aber sie ist doch eine interessante Allegorie für das, was wir derzeit in unserer Welt erleben: die Verleugnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Klimakrise. Dass der Film, der als Parabel für die Bedrohung des Klimas gedacht war, sich nun auch als Erzählung der Covid-19-Pandemie lesen lässt, zeigt eine traurige Tatsache: Menschen wollen die Realität wissenschaftlicher Erkenntnis gerne verleugnen, aus unterschiedlichen Motiven.

Das Virus als Verstärker

Wir gehen bald ins dritte Jahr der Pandemie, und durch den großen Druck, den Corona

auf fast alle ausübt, hört man die Stimmen der Klimaschutz-Aktivistinnen und -Aktivisten nicht so laut. Das Virus wirkt wie ein Verstärker gesellschaftlicher Entwicklungen, die schon vor 2020 erkennbar waren, sich nun aber massiv beschleunigt haben. Corona hat die Digitalisierung schneller vorangetrieben, die Individualisierung in den Wettbewerbsgesellschaften weiterbefördert oder den Rückzug ins Private noch mehr verstärkt: mein Haus, meine Wohnung, mein Reich.

Der Kampf gegen die Pandemie brachte bisher aber leider keine grundlegenden Erkenntnisse für den gemeinsamen Einsatz gegen die Klimakrise. Unstimmigkeiten in der EU, Uneinigkeit im eigenen Land, Ungerechtigkeit bei der weltweiten Verteilung der Impfstoffe. Wie soll man sich so effektiv gegen eine Bedrohung des Planeten wehren, gegen die es eben keine Impfung gibt? Eine Bedrohung, die noch weitaus komplexer zu lösen ist als die Auslöschung eines Virus? Corona ist eine große Alarmübung, aus der wir bis jetzt noch nicht so viel gelernt haben.

Wie können Staaten international im Krisenfall effektiver zusammenarbeiten? Wie kann man aus den Fehlern in der Pandemie für die Zeit danach lernen? Wie kann man wieder mehr Gemeinschaftsdenken in den individualisierten Gesellschaften erreichen? Fragen, die man nicht ausblenden kann: Schauen wir lieber hin.

JULIA ORTNER
julia.ortner@vn.at

Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln, lebt in Wien und arbeitet für den ORF-Report.

EU-Experte über Kernkraft-Ansinnen: „Noch nicht alles vorbei“

Wie gegen die „grüne“ Einstufung von Atomenergie vorgegangen werden kann.

SCHWARZACH Mit den Plänen zur klimafreundlichen Einordnung von Investitionen in Atom- und Gaskraftwerke unter bestimmten Bedingungen hat die Europäische Kommission besonders in Österreich für Aufregung gesorgt. EU-Experte Andreas Maurer erklärt im VN-Gespräch das Prozedere. Eine Renaissance der Kernenergie sieht der Politologe „ganz klar“.

Worum geht es beim Vorstoß der Kommission genau?

MAURER Bis jetzt liegt nur ein Vorschlag an ein Expertengremium vor. Die Mitgliedstaaten schicken dazu Vertreter. Sie können in zwölf Tagen Stellungnahmen abgeben. Die Kommission greift das auf und erlässt dann einen sogenannten delegierten Rechtsakt. Grundlage hierfür ist die Taxonomie-Verordnung von 2020 zur Festlegung eines rechtlichen Rahmens für nachhaltige Investitionen. Darin werden sechs Klima- und Nachhaltigkeitsziele definiert. Investoren sollen

Klarheit darüber erlangen, ob ihre Investitionen einem oder mehreren dieser nachhaltigen Ziele entsprechen. Die Kommission wird hierbei vom Europäischen Parlament und Rat dazu ermächtigt, in delegierten Rechtsakten entsprechende technische Bewertungsmaßstäbe festzulegen. Das tut sie nun für den Bereich der Energieerzeugung. Irgendwann Ende Jänner wird die Kommission diesen neuen delegierten Rechtsakt vorlegen. Damit ist aber nicht alles vorbei.

Welche Möglichkeiten gibt es, etwas dagegen zu tun?

MAURER Der EU-Ministerrat oder das Europaparlament haben vier Monate Zeit, um zu handeln. Sie können diese Frist um zwei Monate verlängern, um eine genauere Prüfung zu veranlassen. Aber fest steht, in sechs Monaten muss etwas passieren, sonst tritt der delegierte Rechtsakt so in Kraft, wie von der Kommission vorgegeben. Ministerrat oder Parlament können mit qualifizierter beziehungsweise einfacher Mehrheit erklären, dass er zu weit geht und nicht mit dem vereinbar ist, was die Kommission mit der Verordnung von 2020 als Befugnis erteilt wurde.

Warum prüft dann Umweltministerin Leonore Gewessler bereits eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof?

MAURER Österreich geht offenbar davon aus, dass es keine Mehrheit im Ministerrat oder Parlament gegen den Vorschlag gibt. Neben Österreich sprechen sich nur Deutschland, Dänemark und Luxemburg gegen Nuklearenergie aus.

Wie erfolgsversprechend wäre eine Klage?

MAURER Ich bin kein Jurist. Doch aus dem 2020 erlassenen Grundakt der Taxonomie lässt sich durchaus ableiten, dass die Kommission die Befugnis hat, bestimmte Formen der Energieerzeugung unter bestimmten Einschränkungen einem dieser sechs Umweltziele unterzuordnen. Das hat sie getan. Sie behauptet auch nicht, dass der Bau von Nuklearanlagen und die Produktion von Atommüll umweltfreundlich sind, sondern lediglich, dass die Produktion von Elektrizität eine CO₂-freundliche Art der Energiegewinnung ist. Österreich wird argumentieren müssen, dass die Kommission mit dem delegierten Rechtsakt die inhaltlichen Vorgaben der Verordnung von 2020 so stark



Maurer ist an der Universität Innsbruck tätig. LFU

verändert, dass es über ihre Befugnisse hinausgeht. Es dürfte wohl auch darlegen, dass dies eine zu große Begrenzung in der Bewertung eines Kernkraftwerks ausmacht. Der Atommüll und die Gewinnung von Uranerz werden ignoriert. Um die Frage, ob Kernenergie sicher ist oder nicht, geht es nicht.

Könnte auch Deutschland sich der Klage anschließen?

MAURER Das wird eine erste große Krise in der Ampelkoalition geben. Die Grünen haben sich bereits sehr stark aus dem Fenster gelehnt

und kritisiert, dass die Pläne nicht viel mit dem Green Deal zu tun haben. Die ebenfalls enthaltende klimafreundliche Einstufung von Gaskraftwerken geht aber ganz klar auf das Lobbying der Deutschen zurück. Dagegen werden sie nicht vorgehen. Luxemburg und Dänemark könnten sich Österreich indes bei der Klage anschließen. Es macht ja keinen Unterschied, wie groß die klagenden Mitgliedstaaten sind.

Erlebt die Kernkraft in Europa eine Renaissance?

MAURER Ja, ganz klar. Es gibt etwa eine intensive Kooperation zwischen französischen und britischen Kernkraftbetreibern zum Bau von neuen kleineren Kraftwerken. Auch Finnland, Schweden, Polen und andere Länder setzen auf Atomkraft. Dabei ist die Frage der Sicherheit immer eine relative. Endgültige Sicherheit gibt es nicht. In einer kurzen Zeit, von 1970 bis heute, gab es sehr viele große Unfälle, Stichwort Tschernobyl, Fukushima, Harrisburg... Ich halte es für eine unkontrollierbare Technologie, gerade wenn man sich etwa vor Augen hält, dass viele französische Kraftwerke in Gegenden mit hoher Erdbebengefahr stehen. **VN-RAM**